

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/63

3. April 1975

Die Welt hat andere Sorgen

Erfahrungen eines deutschen Mitgliedes in der UNO-
Menschenrechtskommission

Von Gerhard Jahn MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestags-
fraktion

Seite 1 und 2 / 81 Zeilen

Vertrauen dient dem Frieden

Zu den amerikanischen-europäischen Beziehungen

Seite 3 / 35 Zeilen

Fortschritte durch Beharrlichkeit

Ost-West-Sportbeziehungen vor wichtigen Ereignissen

Von Manfred Wende MdB
Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 4 / 39 Zeilen

Nervosität und Nebel bei der CDU

Abhängigkeit von Strauß ist mit keinem Propaganda-
manöver zu vertuschen

Von Lothar Schwartz
Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 5 und 6 / 74 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 66 87 - 38
Telex: 06 66 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die Welt hat andere Sorgen

Erfahrungen eines deutschen Mitgliedes in der UNO-Menschenrechtskommission

Von Gerhard Jahn MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Noch bevor die beiden deutschen Staaten Mitglieder der Vereinten Nationen geworden waren, hatte die Bundesregierung bereits ihre Auffassung dargelegt, daß die "querelles allemandes" nicht das Weltforum belasten sollten. Dieser Standpunkt wird in den Vereinten Nationen und ihren Gremien geschildert. Es besteht freilich andererseits keinerlei Grund, die mit der deutschen Wirklichkeit verbundenen Fragen zu verschweigen. Es ist unsere Meinung, daß Mauer, Schießbefehl und Todesstreifen Tatbestände sind, für die in der Menschenrechtskommission der UNO Gehör gesucht werden muß. Es ist selbstverständlich, daß ich als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland immer dann auf die Fragen hingewiesen habe, die Deutschland betreffen, wenn dazu die Möglichkeit bestand. Die Erfahrung aber, die der Vertreter des demokratischen, freiheitlichen Deutschlands in diesem Gremium macht, lautet: Der weitaus größte Teil der Welt hat andere Sorgen.

Das tut uns hart, ja geradezu schroff an, aber es ist eine Tatsache. Wir tun gut daran, zur Kenntnis zu nehmen, daß es in der Welt, in der wir leben, nicht anders sein kann. Bei allen ihren Schwächen und Mängeln: eines können die Vereinten Nationen und ihre Organisationen allemal - den Zustand dieser Welt widerspiegeln. Damit haben wir es zu tun: Die Mehrheit der Erdbevölkerung hungert; die Repräsentanten dieser Menschen bilden auch in der UNO die Mehrheit. Die Problematik von 17 Millionen Deutschen, denen das politische und in erheblichem Maße das individuelle Selbstbestimmungsrecht vorenthalten wird, deren materielle Lage aber in den Augen der Dritten Welt vorbildlich ist, muß einem solchen Forum fremd bleiben. Menschenrechte bedeuten dort in erster Linie den Kampf gegen Hunger, gegen die vielfältige Not, in der Millionen Menschen leben. Das, was wir unter Menschen- und Freiheitsrechten verstehen, ist für die Mehrheit der Nationen eine spätere Aufgabe. Sie steht nicht im Vordergrund ihrer heutigen Wertungen und Anstrengungen.

Als ich in der Menschenrechtskommission zum Thema Selbstbestimmung sprach und dabei die Verletzung der Menschenrechte in der DDR vorbrachte, reagierte der Ostberliner Vertreter mit der Feststellung, daß in seinem Staat das Recht auf Arbeit und auf Wohnung durch die Verfassung verbrieft sei. Was von westlichen Kennern der DDR-Verhältnisse sofort als schlichtes Ablenkungsmanöver durchscheut wird, hat die Repräsentanten der um solche Errungenschaften mühsam ringenden Entwicklungsländer beeindruckt.

Es geht dort um mehr als um ein deutsches Problem. Wir begegnen völlig anderen Denkformen. Die europäische Auffassung von Menschenrechten ist eine Sache und wird fast als Privileg der Minderheit verstanden. Der Mehrheit ist dieses Verständnis noch weitgehend fremd. Was bedeuten Selbstbestimmung, Freizügigkeit in Ländern, in denen ausreichende Nahrung und ein Dach über dem Kopf für jeden Ziele des Fortschritts sind - aber noch

längst keine Wirklichkeit? Was heißt freie Berufswahl, wenn mangels sinnvoller ökonomischer Strukturen jeder Arbeitsplatz eine kostbare Seltenheit ist? Dürfen wir uns beschweren, wenn die Vertreter der Mehrheit der Völker dieser Welt ihren Sorgen Vorrang einräumen vor den unseren?

Wäre also die Mitarbeit in solchen Gremien für die westlichen Industriestaaten vergebliche Mühe? Nein, davon kann keine Rede sein. Die Sorgen anderer erkennen und anerkennen ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit. So gewinnt man in geduldiger Arbeit im Laufe der Zeit wohl auch stärkeres Gehör für die eigenen Sorgen. Es wäre verhängnisvoll, wenn die freiheitlichen Demokratien in den Foren der Weltöffentlichkeit den Abgesandten totalitärer Systeme das Feld überließen. Von den 32 Mitgliedsstaaten der Menschenrechtskommission sind acht westlich orientiert. Das ist keine Plattform für Kampf Abstimmungen. Es kommt darauf an, mit Verständnis für die anderen mitzuarbeiten und soviel Einfluß auf die Entscheidungen zu gewinnen wie möglich ist. Das ist schwierig, mühsam, aber es geht. Es war ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, daß der Vorschlag Zustimmung fand, Individualbeschwerden in Zukunft nicht nur dem vorbereitenden Unterausschuß, sondern regelmäßig allen Mitgliedern der Menschenrechtskommission zuzuleiten. Eine vorsichtige, für die Arbeit aber wichtige Erweiterung des Verfahrens.

Am Ausbau der Möglichkeit individueller Menschenrechtsbeschwerden muß gerade den entwickelten westlichen Demokratien gelegen sein. Hier können und müssen sie neue Wege suchen und ihre Vorstellungen geltend machen. Noch ist die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen fast ausschließlich auf die Vertretung kollektiven Menschenrechts beschränkt. Für die unterentwickelten, armen Länder kommt eine andere Haltung als das Ringen um nationale Unabhängigkeit, um Selbstbestimmung, gegen Rassendiskriminierung auch kaum in Frage; für die totalitären Staaten ist sie dagegen bequem, weil sie Gelegenheit bietet, nicht nur von den Unzulänglichkeiten im eigenen Bereich abzulenken, sondern auf wohlfeile Art um Verbündete zu werben.

Wir dürfen an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen auch nicht annähernd die Maßstäbe anlegen, wie wir es bei der europäischen Menschenrechtskommission mittlerweile tun können. Aufgaben und Möglichkeiten beider Institutionen sind noch weit voneinander entfernt. Aber es kann dem Selbstverständnis der Vereinten Nationen dienen, wenn die in Europa bereits verwirklichten weitgehenden Garantien der individuellen Menschenrechte als ein mögliches Ziel gedacht werden.

(-/3.4.1975/bgy/pr)

+ + +

Vertrauen dient dem Frieden

Zu den amerikanisch-europäischen Beziehungen

Die schockierenden Alarmmeldungen aus Vietnam und Kambodscha heben das amerikanische Volk begreiflicherweise zutiefst beunruhigt. Der offenbar bevorstehende Fall von Phnom Penh und die wachsende Bedrohung von Saigon müssen in den Amerikanern emotionelle Empfindungen auslösen, die sich in der Rückwirkung aus der Beurteilung der eigenen Weltposition und der eigenen Möglichkeiten auch bis in isolationistische Reaktionen flüchten können. Man tut gut daran, bei der sorgsamsten Beobachtung der auf uns zuatürmenden Ereignisse auch diese Imponderabilien nicht aus den Augen zu lassen. Man wird ebenso gut daran tun, wenn man sich denn von überheblicher Beckmesserei fernhält und statt voreiliger Urteile besser die Kraft des Verstehens aufbringt, auf die der die Allianz - und damit unseren Schutz und unsere Sicherheit - tragende Alliierte mehr als Anspruch hat.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ist aus den Vereinigten Staaten mit der gefestigten Erkenntnis zurückgekommen, daß die Bindungen der USA an Europa und damit an die Bundesrepublik unerschütterlich sind, ja daß es keine offenen Probleme zwischen den Alliierten gibt. Brandt hat an die Europäer und an die Deutschen appelliert, gerade jetzt die Amerikaner nicht dem Gefühl des Alleinseins auszuliefern oder gar Mißtrauen in den großen und starken Verbündeten um sich greifen zu lassen. Dieser fordernde Appell und diese beeindruckenden Mahnungen dürfen nicht ungehört und unbeachtet bleiben. Die Irritation, in die sich die Amerikaner durch den südostasiatischen Schock versetzt sehen, ist, und das versichern vor allem auch die Washingtoner Senatoren, die sich zurzeit in der Bundesrepublik und in Westberlin aufhalten, nicht mit Schwäche gleichzusetzen.

Die USA sind nach wie vor der stärkste und mächtigste Staat dieser Erde, und sie wissen, wo ihre vitalen Interessen verankert sind. Das von dem SPD-Vorsitzenden und dem Bundesaußenminister übereinstimmend angeregte konstruktive Gespräch zwischen den USA und den Europäern bekommt in diesem Zusammenhang große und elementare Bedeutung. Das Gespräch wird in erster Linie der Bestätigung und der Stärkung des Vertrauens der Partner der westlichen Allianz untereinander dienen. Dieses gesicherte Bewußtsein der uneingeschränkten partnerschaftlichen Kooperation ist ja zugleich auch die Basis für die unverändert gewollte Fortsetzung der Politik der Entspannung, die ein tragender Baustein des mit allen Mitteln zu verteidigenden Friedens ist.

(ee/3.4.1975/kw/ea)

+ + +

Fortschritte durch Beharrlichkeit

Ost-West-Sportbeziehungen vor wichtigen Ereignissen

Von Manfred Wende MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Die Entwicklung der Sport- und Jugendbeziehungen im innerdeutschen Bereich und zu den ost- und südoesteuropäischen Ländern wird ganz wesentlich von zwei Ereignissen beeinflusst: Von der vom 27. bis 30. Mai in Dresden stattfindenden II. Europäischen Sportkonferenz und von den Vereinbarungen (Korb III) der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).

Die kürzlich in Brüssel durchgeführte Konferenz der Sportminister der westeuropäischen Länder hat deutlich gemacht, daß die Sport- und Jugendbeziehungen zwischen den Staaten des westlichen Europas unkompliziert und beipielhaft sind. Es ist unbestritten, daß auch in der Ausweitung dieser Beziehungen zu den ost- und südoesteuropäischen Staaten in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte erzielt worden sind. Die mit der DDR-Regierung und dem Deutschen Turn- und Sportbund getroffenen Vereinbarungen müssen stetig ausgebaut und in ihrer Anwendung weiter vereinfacht werden.

Auf der Grundlage des Prinzips der Gegenseitigkeit erscheint es notwendig, daß sowohl bei der Konferenz in Dresden als auch bei den Beratungen in Genf vor allem von westdeutscher Seite angestrebt wird, daß die Sport- und Jugendgruppen von zusätzlichen finanziellen Belastungen (wie Straßenbenutzungs- und Visagebühren sowie Pflichtumtauschätzen) befreit werden. Wirtschaftliche Interessen dürften auch in der DDR und den ost- und südoesteuropäischen Ländern keinen Vorrang vor der Verwirklichung der wiederholt abgegebenen Erklärungen haben, den Sport- und Jugendaustausch als positives Mittel der Verständigung und des friedlichen Miteinanders zu fördern.

Besonders die II. Europäische Sportkonferenz im Mai 1975 in Dresden bedarf einer vorteilhaften Abstimmung der westeuropäischen Teilnehmer untereinander. Nur so kann gewährleistet werden, daß die Chancen für praxisnahe und teilnehmerfreundliche Regelungen ausgeschöpft werden. Es sollte sichergestellt werden, daß nicht nur wohlklingende und abstrakte Thesen verabschiedet werden, die möglicherweise die teilnehmenden Funktionäre begeistern, in der Auswirkung für die Teilnehmer an Sportbegegnungen und Jugendaustauschmaßnahmen aber unbefriedigend bleiben.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß den überwiegend ehrenamtlichen Delegationsmitgliedern des Deutschen Sportbundes in Dresden politisch hochrangige Verhandlungspartner, wie der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR, Sergej Pawlow, oder der Präsident des DTSB und SED-ZK-Mitglied, Manfred Ewald, gegenüber sitzen, ist ein Höchstmaß an Vorberatungen mit den zuständigen Vertretern des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung erforderlich.

So gesehen erscheint es nützlich, daß ein Vertreter der Bundesregierung Mitglied der westdeutschen Delegation in Dresden sein wird.

(-/3.4.1975/ks/pr)

+ + +

Nervosität und Nebel bei der CDU

Abhängigkeit von Strauß ist mit keinem Propagandemannöver zu vertuschen

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Mit dem Mut der Verzweiflung versucht die CDU aus einem Glashaue Steine auf politische Gegner zu werfen. Die seit drei Wochen grassierende und immer noch zunehmende Nervosität in der Union über das "Sonthofener Programm" des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß hat die sogenannte "Schwesterpartei" CDU in hektischen Aktivismus getrieben. Sie läßt offensichtlich in Tag- und Nachtschichten in Archiven wühlen, um vermeintliche Gegenmunition aufzuspüren und zum Zwecke der Ablenkung in die publizistische Landschaft zu transportieren. Jetzt erblickte ein weiteres fragwürdiges Ergebnis dieser zwischen Naivität und Unverfrorenheit anzuladelnden Entlastungsversuche das Licht der Öffentlichkeit. Das mit dem hochstaplerischen Etikett "Dokumentation" versehene Vernebelungspapier entbehrt weitgehend der Seriosität. Es werden aus dem Zusammenhang gerissene und in der politischen Auseinandersetzung nicht nur erlaubte, sondern aus Gründen der Wahrheit und Klarheit notwendige Äußerungen von Koalitionspolitikern aus Debatten und Wahlkampfveranstaltungen herangezogen, um die skandalöse, antidemokratische "Heilslehre" zu überdecken und zu verdrängen, die der CSU-Vorsitzende als Richtlinie für eine totale Obstruktion verkündet hat.

Die von der CDU als angeblicher Beweis für eine "psychologische Kriegsführung der SPD/FDP" ins Feld geführte Koalitions-Formulierung von der "Angst- und Panikmache" der Opposition oder vom "großen Geld", das der CDU/CSU hilfreich zur Seite und zur Wiedererlangung der Regierungsmacht in Bonn weiterhin zur Verfügung steht, sind beispielsweise alles andere als Schlagworte oder gar Diffamierungen, sondern belegbare Realitäten: Aus der von der CSU-Landesleitung erarbeiteten, verschickten und inzwischen indirekt auch von Franz Josef Strauß als authentisch bestätigten Tonbandabschrift von Sonthofen geht einwandfrei hervor, daß der CSU-Vorsitzende insbesondere die Verbreitung von Angst und Panik unter den deutschen Wählern als Instrument seiner skrupellosen Krisenstrategie eingesetzt wissen will, was denn seitens der Opposition seit geraumer Zeit prompt geschieht. Desgleichen liefert die Niederschrift auch die volle Bestätigung für die Feststellung des NRW-Ministerpräsidenten und stellv. SPD-Vorsitzenden Heinz Kühn, daß

die Bundesrepublik Deutschland unter der Führung von Strauß unregierbar würde. Und schließlich ist angesichts der in der "Dokumentation" von der CDU aufgegriffenen Thematik um das "große Geld" an die lange Liste anonymer Spender für die Parteikassen von CDU und CSU zu erinnern, die zu einem bedenklich hohen und vom Parteiengesetz gewiß nicht gewollten Prozentsatz die Finanzen und damit auch das politische Verhalten der Oppositionsparteien bestimmen.

Solche von der CDU betriebene Rebulistik wird die unheimliche "Kunde von Sonthofen" nicht aus der Welt schaffen können. Alle aufrichtigen Demokraten in unserem Lande müssen fordern und erwarten, daß sich die CDU nicht weiter in solche vordergründige Augewischererei und Vernebelungsmanöver flüchtet, sondern zur sachlichen Substanz der Strauß-Rede Stellung nimmt. Männer wie Dr. Helmut Kohl, Dr. Richard von Weizsäcker und Hans Katzer dürfen, wenn sie nicht jegliche politische Glaubwürdigkeit verlieren wollen, nicht länger den Regenschirm mit aufhalten, unter dem der CSU-Vorsitzende aus persönlichem Machthunger die Wohlfahrt unserer Bürger und die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie wie auch den unverzichtbaren Grundkonsensus unter demokratischen Parteien bewußt aufs Spiel setzt. Es ist zutiefst bedrückend und besorgniserregend, daß die CDU-Führung auch in ihren bisher respektablen Teilen offensichtlich aus Feigheit vor Strauß und seiner Gefolgschaft in der Bundestagafraktion der CDU/CSU in dieser Situation kuscht und sich öffentlich sogar zähneknirschend mit dem CSU-Vorsitzenden solidarisieren zu müssen glaubt. Dies ist keine opportunistische oder vorübergehende Kapitulation, sondern der Beginn der Selbstaufgabe der auf demokratische Mitverantwortung verpflichteten und dazu bereiten Kräfte in der Union.

Diese Kräfte sind aufgefordert, den Mut zur demokratischen Redlichkeit aufzubringen und endlich Position zu den für unseren Staat und seine Bürger gefährlichen Strauß-Rezepten von Sonthofen zu beziehen. Diese Ermahnung kann nicht besser formuliert werden als es in den unabhängigen "Salzburger Nachrichten" vom 12. März 1975 geschehen ist: "Es könnte dereinst als historische Schuld der Demokraten in der CDU zu Buche schlagen, daß sie um des erhofften Regierungswechsels in Bonn willen darauf verzichtet haben, den Propheten der Krise und des heilsamen Schocks aus Rott am Inn frühzeitig in seine Schranken zu weisen."
(-/3.4.1975/ks/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

In der Dokumentation "Augenmaß und stille Hartnäckigkeit", die wir am 2. April veröffentlicht haben, ist ein bedauerlicher Fehler übersehen worden. Der Publizist Jürgen Tern ist am 20. Februar 1975 gestorben.

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller